

There is an alternative

Ein breites Protestspektrum begehrt gegen die neoliberale Globalisierung auf

So wie das „Wort des Jahres“ gekürt wird, so wechseln auch in der wissenschaftlich-politischen Diskussion die Signalwörter. Ihre Attraktivität ist dabei weniger analytischer Trennschärfe geschuldet, als vielmehr der Fähigkeit, das gesellschaftliche Zeitempfinden auf einen allgemeinen Nenner zu bringen. Genau dies gilt für den Begriff „Globalisierung“.

Ist die Karriere des Globalisierungsbegriffes auf Ende der 80er Jahre zu datieren, beginnt seine polit-ökonomische Geschichte bereits in der Wirtschaftskrise 1974/75. Dieser Krise war mit den herkömmlichen Regulationsinstrumenten der Staatsintervention nicht beizukommen. Sie versagte ebenso wie das System der staatlichen Beschäftigungsstrukturen. Beide gerieten zunehmend unter Legitimationsdruck. Mit der „Neoklassik“ erlebte die ökonomische Vorstellung, dass die Selbstheilungskräfte des Marktes durch staatliche Intervention nur gestört werden, ihre Wiederauferstehung. Es gilt: Der Staat soll die Wirtschaft nicht regulieren dürfen.

Parallel dazu traten mit zunehmend transnational agierenden Konzernen, neue Akteure auf den internationalen Finanz- und Exportmärkten in Erscheinung. Die Folgen dieses Zusammenspiels:

- Internationale Konkurrenz, die zunehmend in die Unternehmen selbst hineingetragen wurde, führte zu erhöhtem Druck auf Tarifgefüge und das bisher existierende System industrieller Beziehungen.

- Die Installation des Wohlfahrtsstaates sowie die Durchsetzung einer nivellierenden Dienstleistungsgesellschaft führten zum Zerfall der Lohnabhängigen als »Klasse« und damit letztlich auch zu veränderten Formen des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit. Das »Ende der Industriegesellschaft« läutete damit aber auch den Abschied von einer Gesellschaft ein, in der Klassenkämpfe ein Beitrag zur sozialen Ausgewogenheit waren, da sie die Lohnabhängigen zwischen Protest und Integration sozialisierten. In dem Maße wie diese Sozialisationsfunktion verschwand, verstärkte sich das Phänomen sozialer Ausgrenzung.

- Die Trennung zwischen den Finanzmärkten eines sich entwickelnden »Kasino-Kapitalismus« und der Realkapitalsphäre wurde immer deutlicher. Mit anderen Worten: Durch Spekulation einzelner Großakteure können ganze Währungssysteme gestürzt werden, wie in den vergangenen Jahren bereits geschehen.

Letztlich hat die kapitalistische Ökonomie mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa alle räumlichen Grenzen überwunden. Da es ein weltmarktaußen nicht mehr gibt, muss die Konkurrenz demnach weltmarkttinnen stattfinden. Intensivierung kapitalistischer Anlage- und Verkaufsmöglichkeiten und die Erschließung bislang nichtkapitalisierter Bereiche sind die Folge.

Dass diese Entwicklung nicht naturgesetzlich stattfindet, sondern einer politischen Logik folgt, machen seit einiger Zeit die „GlobalisierungskritikerInnen“ deutlich. Mit eindrucksvollen Protesten an denjenigen Orten, an denen sich die politischen und ökonomischen „global player“ treffen, erklären sie entgegen der herrschenden Logik, die nach dem TINA-Prinzip („There is no alternative“) verläuft: „There is an alternative“. Im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, Umverteilung von ökonomischer und politischer Macht sowie politischen und sozialen Menschenrechten. Ihr Ziel: Die Wiedergewinnung politischer Steuerungsmacht gegen neoliberale Entfesselung.

Diese neue Bewegung wird häufig mit ATTAC gleichgesetzt, was so nicht stimmt. Die Bandbreite der „GlobalisierungskritikerInnen“ reicht von denjenigen, die sich focussiert für die Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobin-Tax) einsetzen, über diejenigen, die ein weitergehendes radikalreformerisches Programm vertreten, bis zu denjenigen, denen die Überwindung der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsstruktur Voraussetzung für die Durchsetzung

emanzipatorischer Forderungen ist. Gleichwohl ist es ATTAC, unter anderem aufgrund seiner internationalen Struktur gelungen, bedeutendster Bezugspunkt für Gruppen und Einzelpersonen zu sein, die von diesen Themen angesprochen werden bzw. dazu arbeiten. ATTAC ist mit seinen vier Kampagnen „Einführung einer Devisenumsatzsteuer“, „Vollständige Entschuldung der Entwicklungsländer“, „Stopp der Steuerflucht ins Ausland“ sowie „Sicherung der Sozialsysteme“ Folie für die ganz unterschiedlich begründete Ablehnung der gegenwärtigen Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an Profitmaximierung orientiert ist. Zugleich existieren darüber hinaus viele andere Strukturen, die mindestens ebenso große Bedeutung haben: So z.B. das „Genua Social

Forum“ (GSF), das maßgeblich die Proteste in Genua organisiert hatte und in dem, anders als in ATTAC, auch Parteien mitarbeiteten. Dieses GSF soll nun zu einem „European Social Forum“ umstrukturiert werden.

Doch damit nicht genug: Die Proteste in Genua haben mit einer neuen Form radikalen zivilen Ungehorsams –

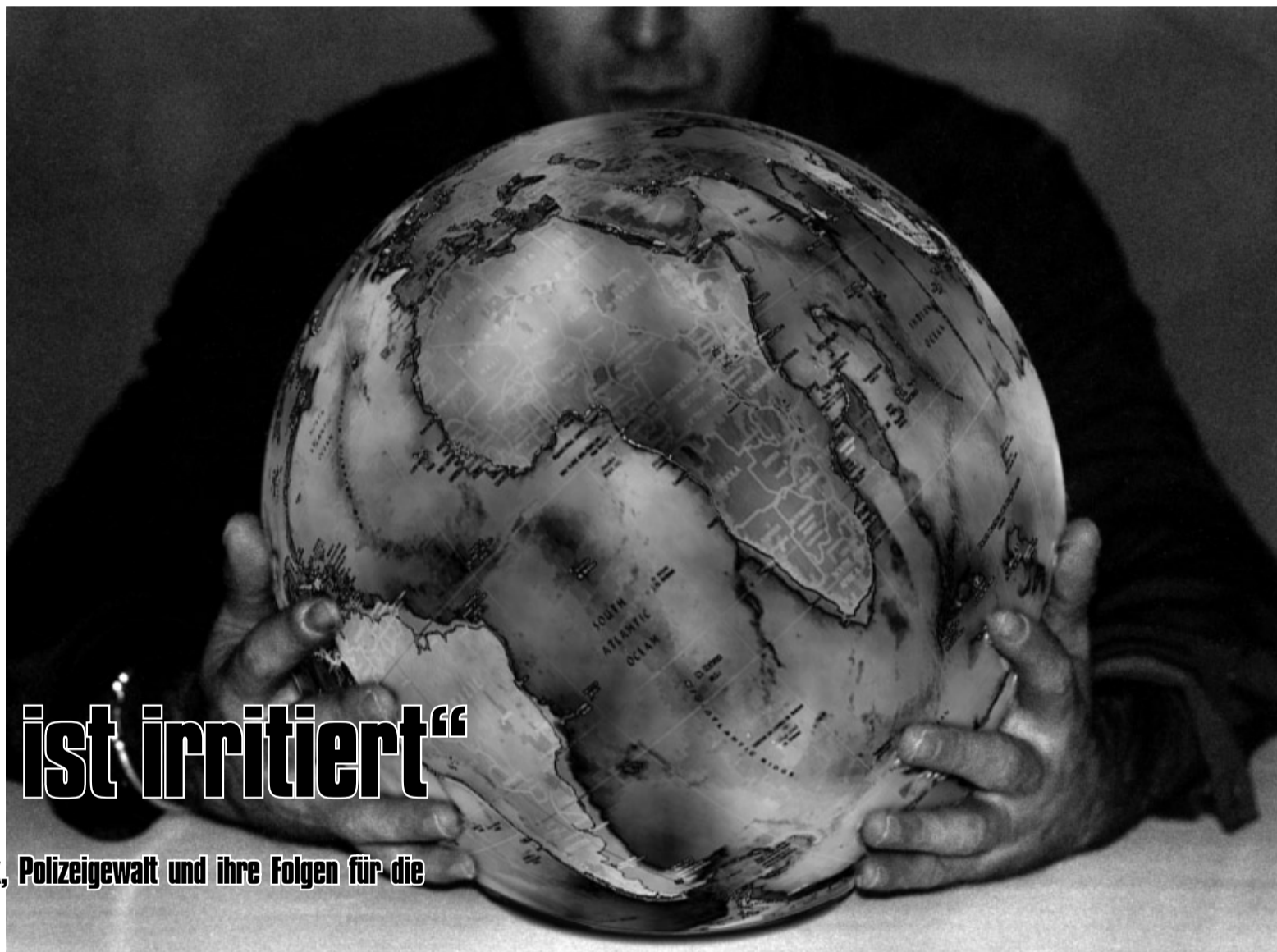
den „Tute Bianche“ (die weißen Overalls) – eine Alternative zur klassischen autonomen Militanz aufgezeigt. Die „Tute Bianche“ sagen selbst: „Die sogenannten ‚schwarzen Overalls‘ sind eine Erscheinung, die nicht diskriminiert werden sollte. Es sind Leute die glauben, dass es reicht eine Scheibe einzuschlagen, um den Kapitalismus zu treffen. Das ist ihr ‚smash capitalism‘. Wir denken anders.“ Die Aktionsformen waren basisdemokratisch, transparent und sehr solidarisch – gleichwohl ungemein sehr wirksam. Ohne die „Tute Bianche“ hätte es die Erfolge von Genua nicht gegeben.

Der Erfolg der GlobalisierungskritikerInnen wird davon abhängen, ob die produktive Spannung der politischen Positionen und der neuen Aktionsformen erhalten bleibt. Denn die Bewegung hat nicht nur die herrschenden „global player“ sondern auch die marginalisierte radikale Linke einerseits und die moderaten Beratungs-NGO sowie Parteien wie SPD, Grüne und PDS andererseits unter Druck gesetzt.

Mit anderen Worten: Die bisherigen hegemonialen Positionen der tragenden Akteure dieser Bewegung bieten ein im besten Sinne radikalreformerisches Programm. Die Beschränkung auf dieses Programm würde aber den Blick darauf verschränken, dass es politisch um mehr geht – there is an alternative: Demokratie und Sozialismus.

Benjamin Hoff, Demokratische Linke HU

Ziel der Globalisierungskritik ist die Wiedergewinnung politischer Steuerungsmacht



„Das System ist irritiert“

Wolf-Dieter Narr über Sicherheitspolitik, Polizeigewalt und ihre Folgen für die „Anti-Globalisierungsbewegung“

Im Juli 2001 demonstrierten anlässlich des G8-Gipfels in Genua rund 200.000 Menschen gegen globale Ausbeutung und Unterdrückung. Die Proteste wurden begleitet von einem hoch aufgerüsteten Sicherheitsapparat - das Ausmaß der Polizeigewalt von Genua erinnerte eher an eine lateinamerikanische Militärdiktatur als an einen liberal-demokratischen Rechtsstaat. In Deutschland wurde schon im Vorfeld massiv versucht, die Teilnahme von GlobalisierungskritikerInnen an den Protesten zu verhindern. Wir befragten Wolf-Dieter Narr – Professor für Politologie an der FU und Vorstandsmitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie – zu den Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten im Rahmen des G8-Gipfels.

razzia: Welche polizeilichen Maßnahmen begleiteten den G8-Gipfel in Genua?

Narr: Generell muss man bedenken, dass der bundesdeutsche Sicherheitsapparat in den letzten zwei Jahrzehnten enorm ausgebaut worden ist. Und das, obwohl nirgendwo eine Systemkrise oder der gleichen sichtbar ist.

Aufgrund der oftmals unbestimmten und pauschalen Rechtsbegriffe in den Polizeigesetzen wurden die Entscheidungsmöglichkeiten der Polizeiführung immer größer. Dies erhöht z. B. die Gefahr von Polizeiübergreifen auf Demonstrationsteilnehmer. Das hat aber jetzt noch zugenommen. So wurden Globalisierungskritiker auf dem Weg nach Genua an ihrer Ausreise aus Deutschland gehindert, also ihr Recht auf Freizügigkeit eingeschränkt. Dabei verläuft die Ein-

schätzung nach situationell ausgewählten Kriterien wie: jugendlich, anders Aussehend oder „ausländisch“. Hier rächt sich, dass es auf EU-Ebene keine einheitlich garantierten Demonstrations- und Bürgerrechte gibt.

Wenn sich die Aufrüstung der Sicherheitsapparate nicht mit einer tatsächlichen Systemkrise erklären lässt, wie dann?

Wir, also kompetente Kollegen und ich, vermuten, dass Vorratsgesetze geschaffen werden. Für den Fall, dass es zu sozialen Spannungen kommen sollte, die zu Konflikten führen. Demonstrationen sind immer etwas, was ein etabliertes System irritiert. Deswegen will man sie möglichst in den Griff bekommen. Präventiv sollen Eingriffsmöglichkeiten geschaffen werden. Mit einigen Gesetzen sollen Plätze und Räume „demonstrationsfrei“ und von abweichenden Leuten frei gehalten werden.

Sollte man also - Ihrer Meinung nach - weniger von symbolischer Politik sondern vielmehr von präventiver „Aufstandsbekämpfung“ sprechen?

Ich sehe beide Seiten. Symbolische Politik ist nicht irrelevant, sie besitzt einen materiellen Hintergrund. Der offiziell angegebene Zweck ist nicht der reelle. Beispielsweise Wahlen: Ein Akt des Volkssouveräns wird suggeriert, tatsächlich dienen sie der Stabilisierung des Systems. Gleiches gilt auch für das Polizei-

recht. Das Sicherheitsgefühl wird nur auf der symbolischen Ebene ernst genommen, nicht die wahrhafte Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern. Die Arbeit der Sicherheitsorgane wird auf informeller Ebene ausgebaut und damit der demokratischen Kontrolle entzogen. Sie gerät aus dem Blickfeld; sie wird selbst zu einer Gefahr.

Trotz der versuchten Kriminalisierung und Diffamierung der Proteste haben sich viele Menschen nicht abhalten lassen, gegen eine neoliberale Globalisierung auf die Straße zu gehen. Ist die staatliche Repressionsstrategie damit gescheitert?

Das würde ich nicht sagen. Wir haben es heutzutage mit zum Teil absurden Situationen zu tun. So sind auf einigen Demonstrationen mehr Polizisten als Demonstranten anwesend. Das Kalkül der Polizeigewalt, wenn es das überhaupt so bewusst gibt, dürfte darin bestehen, die Sortierung der Demonstrierenden zu erreichen. Die Härte schreckt möglicherweise ab und könnte bewirken, dass irgendwann nur noch Menschen auf Demos gehen, die Rabatz machen wollen, die sich im „Nahkampf“ trauen. Und damit kann dann wiederum hartes Durchgreifen in der Öffentlichkeit legitimiert werden.

Die Differenzen werden demnach genutzt und Gewalt-samkeit bewusst geschaffen. Dabei ist es erstaunlich, dass die Demonstrationen zunächst mehr Zulauf gewonnen haben. Man kann soziale Bewegungen nicht berechnen, das ist auch gut so.

Nach den Anschlägen von New York wird mit einem neuen Argument zum Schlag gegen Globalisierungskritiker ausgeholt: Sie würden genauso wie Terroristen die westliche kapitalistische Welt zerschlagen wollen.

Ich fürchte, dass Bush, Schröder und all diese Staatsleute den 11. September. umfunktionieren und versuchen, Globalisierungskritiker in einen Topf mit Gewalttätern, Terroristen zu werfen. Man stempelt alle zu Feinden, die in irgendeiner Weise nicht konform sind. Einerseits versucht man, den Weltmarkt in all seiner den habenden Ländern nützenden Freiheit - das meint ja Deregulierung - aufrecht zu erhalten und andererseits im Sinne klassischer „Liberalität“ die Staatsmacht so zu steigern, dass alles, was gegen diese Weltmarktfreiheit ist, eben entsprechend unterdrückt wird. Das ist die negative Freiheit des Wirtschaftsliberalismus. Ob das durchgehalten werden kann, wird sich zeigen.

Das Interview führten Bodo Niendel und Ines Wallrodt.

Man stempelt alle zu Feinden, die nicht konform sind